Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Große Empörung über Schröders Besuch bei Putin
2. Vier Stunden – dann ist der Koalitionsausschuss zu Ende
3. Vitales Interesse: Sondierungen in Berlin
4. Sevim Dağdelen: „Es war ein Angriff auf die Friedensbewegung“
5. Juristin Pillay gewinnt Friedensnobelpreis – und macht Witz auf Kosten Trumps
6. Das radikale Friedensmanifest von Papst Leo XIV. – Eine universelle Absage an das militärische System
7. Solo und Symphonie: Die KI-Rivalität zwischen den USA und China, und wo Europa im Orchester sitzt
8. Fünf Forderungen für eine sozial-ökologische Rechenzentrumspolitik
9. Der entmündigte Bürger
10. Audi zieht „Schlechtwetterklausel“ für Werk in Neckarsulm
11. Neue Studie: Fast die Hälfte aller Landwirte weltweit erleidet Vergiftungen durch Pestizide
12. Warum ein Zukunftsdepot die Kinder reicher Eltern begünstigt
13. Deutschland will grünen Wasserstoff auf einem Massengrab herstellen
14. Eine riskante Wette
15. Neue Akte zu Josef Mengele: Was wusste die Schweiz?
16. Veranstaltungshinweise der Woche

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Große Empörung über Schröders Besuch bei Putin**
   Vor wenigen Tagen war Altkanzler Schröder zu Gast beim russischen Präsidenten Putin. Anlass war der Geburtstag des Kremlchefs. Die Reise ruft parteiübergreifend Kritik hervor und empört auch Bundeskanzler Merz.
   Am Mittwoch feierte Russlands Präsident Wladimir Putin seinen 74. Geburtstag – und dazu hatte er auch einen „alten Freund“ eingeladen, wie der Kreml mitteilte: den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder. Dessen Besuch ruft in Deutschland scharfe Kritik hervor.
   Auch Bundeskanzler Friedrich Merz sei „zutiefst empört“ über das Treffen, teilte Regierungssprecher Steffen Meyer im Namen des CDU-Chefs mit. Meyer betonte, „Putin allein“ sei für den fortwährenden Krieg gegen die Ukraine verantwortlich. Seine Befehle sorgten täglich für „unermessliches Leid, für zivile Opfer, für Familien, die auseinandergerissen werden, für Tote und Verwundete“. Und Russland lasse kein Interesse daran erkennen, diesen „bestialischen Krieg“ zu beenden, so Meyer weiter.
   Quelle: tagesschau

   Anmerkung André Tautenhahn: *Man kann einem kriegführenden Präsidenten zu dessen Geburtstag natürlich auch einen handschriftlichen Brief schreiben und bei einem späteren Treffen freudestrahlend ein Trikot der deutschen Nationalmannschaft mit der Rückennummer 47 als Geschenk überreichen. Vielleicht kann die Bundesregierung noch einmal den Unterschied zwischen einem „bestialischen Krieg“ und „Drecksarbeit“ erläutern.*

2. **Vier Stunden – dann ist der Koalitionsausschuss zu Ende**
   Diesmal ging es verhältnismäßig schnell: Die Spitzen von CDU, CSU und SPD haben noch am späten Mittwochabend den Koalitionsausschuss beendet. Am Morgen haben sich die drei Fraktionschefs per SMS bei den Abgeordneten gemeldet. […]
   Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte vor der Sitzung trotz teils drastischer Verluste von Union und SPD bei den drei Landtagswahlen im September ein neues Bekenntnis zum vereinbarten Reformkurs gefordert. Er gehe davon aus, dass der Koalitionsvertrag und das im Juli beschlossene Reformpaket „unverändert die Geschäftsgrundlage für die Arbeit der Koalition“ bleiben, sagte der CDU-Chef bei einer Veranstaltung des Handelsblatts und der WirtschaftsWoche in Berlin.
   Merz betonte auch, dass er nicht davon ausgehe, dass das Reformpaket bis Weihnachten komplett umgesetzt wird. Er hoffe aber, „dass wir das im

Frühjahr nächsten Jahres in trockenen Tüchern haben“.
Die Vorstände der Koalitionsfraktionen hatten sich noch Ende August bei einer Klausurtagung in Münster darauf verständigt, das ganze Paket bis Ende des Jahres durch den Bundestag zu bringen. Es enthält Regelungen für die Bereiche Rente, Pflege, Arbeitsmarkt und Steuern.
Quelle: tagesschau

3. **Vitales Interesse: Sondierungen in Berlin**
Keine drei Wochen nach dem Erfolg bei der Abgeordnetenhauswahl läuft die Berliner Linkspartei zu alter Form auf. Die politischen Techniken sind ja nicht neu. War nach der Wahl von 2001 eine Kampagne im alten Frontstadt-Stil geführt worden, um die PDS (bei den Funktionären war das leicht zu haben) zur feierlichen Verurteilung der »unheilvollen« Geschichte von SED und DDR zu zwingen – Resultat war damals jene »historische« Präambel zum Koalitionsvertrag, die fällig war, um sodann neoliberale Sanierungs- und Privatisierungspolitik machen zu können –, ist es 25 Jahre später ein Trommelfeuer aus schrillen Antisemitismusvorwürfen, mit dem die Partei unter eine verschärfte und jederzeit aktivierbare Aufsicht gezwungen werden soll, bevor die Kandidatin der Partei ins Rathaus eingelassen werden muss.
Denn es sieht trotz der Aktivierung politischer Fossile – zuletzt wurden Wolfgang Thierse, Joschka Fischer und Peter Altmaier aufgeboten – nicht danach aus, als würden sich in Berlin SPD und Grüne dazu überreden lassen, die CDU im Rathaus zu halten. Obschon die verlogene Kampagne also ersichtlich dabei ist, sich totzulaufen, geschieht das Erwartbare: Die Linke wehrt sich nicht nur nicht politisch, sondern akzeptiert implizit die strategische Prämisse der Kampagne, also die Behauptung, dass der mit der palästinasolidarischen Bewegung verbundene Teil der Partei latent oder offen antisemitisch ist bzw. »ein Problem« mit Antisemitismus hat. Das ist der politische Kern jener kleinteiligen »Vereinbarung zum Start der Sondierungen«, die am Donnerstag vorgestellt wurde.
Quelle: junge Welt

4. **Sevim Dağdelen: „Es war ein Angriff auf die Friedensbewegung“**
Vermummte stürmen die Bühne, als Sevim Dağdelen auf einer Friedensdemo reden will. Die Politikerin schildert die bangen Momente und erklärt die politische Dimension des Vorfalls.
Auf der Friedensdemonstration in Stuttgart stürmten Vermummte die Bühne. Sie wollten die Rede der BSW-Politikerin Sevim Dağdelen verhindern. Die Situation sei „unübersichtlich und beängstigend“ gewesen sagt die Politikerin im Gespräch mit World News Monitor. Sie schildert die bangen Momente und

erklärt die politische Dimension des Vorfalls.
Quelle: World News Monitor

5. **Juristin Pillay gewinnt Friedensnobelpreis – und macht Witz auf Kosten Trumps**
   Die 85-jährige Südafrikanerin erhält den Preis für „ihre Bemühungen zur Förderung des Friedens und des Völkerrechts“. In einer ersten Reaktion fragt sie, ob das ein Scherz sei
   Die südafrikanische Richterin Navanethem „Navi“ Pillay hat am Freitag den Friedensnobelpreis für „ihre Bemühungen zur Förderung des Friedens und des Völkerrechts“ erhalten, wie das norwegische Nobelkomitee mitteilte.
   Pillay habe Staaten und Staatsoberhäupter zur Rechenschaft gezogen, den Opfern von Gewalt und Konflikten Hoffnung gegeben und während ihrer langen Karriere einen ausgeprägten moralischen Kompass bewiesen, so die weitere Begründung. […]
   Auch war sie Vorsitzende der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu den besetzten palästinensischen Gebieten, die im vergangenen Jahr zu dem Schluss kam, dass Israel im Gazastreifen einen Völkermord begangen habe. Israel wies den Bericht als „skandalös“ zurück.
   Der Vorwurf des Genozids wird mittlerweile von mehreren Menschenrechts- und Hilfsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, Ärzte ohne Grenzen oder B’tselem erhoben, sowie von renommierten Fachleuten, etwa vom Historiker und Genozid-Forscher Raz Segal oder vom US-israelischen Holocaustforscher Omer Bartov. Derzeit läuft beim Internationalen Gerichtshof (IGH) ein Verfahren wegen Völkermord gegen Israel, das von Südafrika initiiert wurde.
   Quelle: der Standard

   dazu: **IPPNW begrüßt Entscheidung des Friedensnobelpreiskomitees**
   Die Friedensnobelpreisträgerorganisation IPPNW begrüßt die Entscheidung des Osloer Komitees für die Vergabe an Navanethem Pillay.
   „Die Preisträgerin wird zurecht für ihr unermüdliches Wirken für Menschenrechte und eine internationale rechtsstaatliche Ordnung ausgezeichnet. Die Osloer Entscheidung ist ein klares Zeichen für die Stärkung des internationalen Rechts gegen das Recht des Stärkeren. Umstrittene Entscheidungen oder die verbotene Weitergabe des Preises durch die letztjährige Preisträgerin haben die Bedeutung der Auszeichnung geschwächt. Wir hoffen, dass die Vergabe an Navi Pillay dazu beitragen wird, die Reputation des Preises zu bewahren, der nach dem Willen des Stifters Nobel konkrete

Friedensaktivitäten würdigen soll. Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der ‚Friedenspreise' an den US-Präsidenten Trump oder das Militärbündnis NATO vergeben werden", erklärt Dr. med. Angelika Claußen, Ko-Vorsitzende der deutschen Sektion der IPPNW.
Quelle: IPPNW

6. **Das radikale Friedensmanifest von Papst Leo XIV. – Eine universelle Absage an das militärische System**
   Die globale Sicherheitsarchitektur steht an einem historischen Wendepunkt. Angesichts wiedererwachender geopolitischer Blockkonfrontationen, rasant steigender Militärbudgets und einer Renaissance der nuklearen Abschreckungsdoktrin droht die Welt in eine neue Ära des unkontrollierten Wettrüstens abzugleiten. Inmitten dieser bedrohlichen Remilitarisierung setzt der Heilige Stuhl unter Papst Leo XIV. ein Zeichen des radikalen Widerspruchs. Bereits sein Vorgänger Papst Franziskus hatte mit der traditionellen, kirchenpolitischen Zurückhaltung gebrochen, indem er den Besitz von Atomwaffen als inhärent unmoralisch deklarierte. Leo XIV. führt dieses Erbe nun mit beispielloser Schärfe fort: Die Leitung der Weltkirche fordert mit Nachdruck dazu auf, eine globale, im Evangelium verwurzelte Kultur des Friedens, der Gerechtigkeit und der Versöhnung zu leben, und formuliert eine fundamentale, kompromisslose Absage an das weltweite militärische System.
   Quelle: Globalbridge
7. **Solo und Symphonie: Die KI-Rivalität zwischen den USA und China, und wo Europa im Orchester sitzt**
   Am 17. Juli 2026 trat Xi Jinping in Shanghai vor die Eröffnungsversammlung der World Artificial Intelligence Conference und sagte einen Satz, der als Programm gemeint war. Die Entwicklung Künstlicher Intelligenz solle „keine Solo-Aufführung eines einzelnen Landes sein, sondern eine Symphonie globaler Kooperation". Er versprach Entwicklungsländern Zugang zu KI-Kapazitätsaufbau, damit keine „neuen historischen Ungerechtigkeiten" entstünden, und kündigte Kooperationen mit ASEAN, Arabischer Liga, Afrikanischer Union, den lateinamerikanischen Staaten und den BRICS an. Einen Tag zuvor hatten 29 Staaten, darunter Pakistan, Russland und Kasachstan, in derselben Stadt die Gründung einer World Artificial Intelligence Cooperation Organization unterzeichnet, einer zwischenstaatlichen KI-Organisation mit Sitz in Shanghai [1][2].
   Am selben Tag, eigens vor die Konferenz gesetzt, hatte das Pekinger Start-up Moonshot AI sein neues Modell Kimi K3 vorgestellt [3]. Nach firmeneigenen,

unabhängig nicht überprüften Tests übertrifft es bei Programmieraufgaben die amerikanischen Systeme Claude Opus 4.8 und GPT 5.5. Hinter den allerneuesten US-Spitzenmodellen liege man insgesamt noch leicht zurück, räumte die Firma ein, doch der Abstand schrumpfe rasant. Experten, über deren Einschätzung das Wall Street Journal berichtete, beziffern den Vorsprung der amerikanischen Labore inzwischen auf sechs bis neun Monate [4].
Quelle: Arno Gottschalk

8. **Fünf Forderungen für eine sozial-ökologische Rechenzentrumspolitik**
Rechenzentren werden mittlerweile als kritische Infrastruktur verhandelt. Doch warum, wo und wie diese gebaut werden, auf welche Energie- und Wasserressourcen sie zurückgreifen und wem sie schlussendlich nützen, ist Aushandlungssache. Dieser Beitrag stellt fünf Forderungen für eine sozial-ökologische Rechenzentrumspolitik vor, die solche Fragen demokratisch beantwortet.
Ausgangspunkt ist ein kürzlich im Kurswechsel vorgestelltes Forschungs- und Handlungsprogramm für eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik, das an Eduard März' Arbeiten – im Anschluss an John Maynard Keynes und Karl Marx – anschließt und die Idee eines demokratischen, dritten Wegs zwischen Markt- und Planwirtschaft aufgreift. Die zentrale These, die Lukas Oberndorfer dort vertritt, ist, dass Organisierung nur dann gelingen kann, wenn konkrete soziale und ökologische Verbesserungen als unmittelbar möglich erscheinen und erkämpft werden können.
Quelle: A&Wblog
9. **Der entmündigte Bürger**
Die Effizienzsteigerung durch Technisierung und Digitalisierung macht den Menschen zu einem Objekt der Technik und zerstört jeden Raum für Leben. Der Wahn der totalen Effizienzsteigerung dringt in alle Lebensbereiche vor. Alles wird der vermeintlichen Verbesserung des Lebens durch Digitalisierung und Technisierung unterworfen. In diesem Zuge werden immer mehr Alltagsgegenstände, die unproblematisch manuell zu bedienen wären, nicht nur technisiert, sondern auch digitalisiert und an das Internet angeschlossen. Die Automatisierung der Abläufe macht immer mehr menschliche Handgriffe überflüssig. Was praktisch und effizient klingt, entzieht dem Nutzer allerdings die Kontrolle und zerstört jeden Raum für individuelle Bedürfnisse und Eigenständigkeit. Eine Entwicklung, die durchaus gewollt ist.
Quelle: Manova
10. **Audi zieht „Schlechtwetterklausel" für Werk in Neckarsulm**
Audi steckt in der Krise. Für das Werk im baden-württembergischen

Neckarsulm will der Autobauer deshalb mit den Arbeitnehmern über weitere Einsparungen verhandeln – und die sogenannte Schlechtwetterklausel einsetzen.
Zum ersten Mal nach der Ankündigung der Sparpläne bei VW hat sich Konzernchef Oliver Blume am Donnerstag der Belegschaft des bedrohten Audi-Werks in Neckarsulm (Kreis Heilbronn) gestellt. Dabei wurde er teilweise ausgebuht.
Der Belegschaft wurde bei der Versammlung mitgeteilt, dass Audi die sogenannte „Schlechtwetterklausel“ ziehen möchte. Damit kann über weitere Einsparungen verhandelt werden. Über betriebsbedingte Kündigungen vor 2033 soll nicht verhandelt werden, erklärte der Betriebsrat dem SWR.
Quelle: tagesschau

11. **Neue Studie: Fast die Hälfte aller Landwirte weltweit erleidet Vergiftungen durch Pestizide**
Eine neue Studie, die in der Fachzeitschrift „Frontiers in Public Health“ veröffentlicht wurde, zeigt, dass jährlich über 400 Millionen Menschen, vorwiegend in der Landwirtschaft Beschäftigte, weltweit an einer akuten Pestizidvergiftung leiden. Diese Zahl entspricht etwa 46 % der weltweiten landwirtschaftlichen Bevölkerung, die auf etwa 934 Millionen Menschen geschätzt wird.
Die publizierte umfassende Datenauswertung ergab, dass die meisten dieser nicht tödlichen Vergiftungsfälle in Südasien auftraten, gefolgt von Südostasien und Ostafrika. Die höchste Inzidenz in einem einzelnen Land wurde in Burkina Faso verzeichnet, wo fast 84 % der Landwirt*innen und Landarbeiter*innen jedes Jahr unbeabsichtigte akute Pestizidvergiftungen erlitten.
Quelle: pressenza
12. **Warum ein Zukunftsdepot die Kinder reicher Eltern begünstigt**
Pläne der Regierung sehen vor, dass ein Zukunftsdepot Kindern zu ihrem 18. Geburtstag ein kleines Vermögen bescheren soll. Dazu soll der Staat einen Startbonus von 500 Euro für jedes Neugeborene einzahlen, die Eltern können dann bis zu 5.000 Euro pro Jahr steuerfrei beitragen. Was als attraktive Familienförderung verkauft wird, entpuppt sich aber als Steuergeschenk, das vor allem Kinder reicher Eltern begünstigt und aktuelle Herausforderungen für Familien ignoriert.
Quelle: A&Wblog
13. **Deutschland will grünen Wasserstoff auf einem Massengrab herstellen**
Der Genozid in Namibia begann nicht erst 1904, sondern mit dem Massaker von Hornkranz. Bis heute verweigert die Bundesrepublik eine echte

Aufarbeitung. Stattdessen versucht sie, grüne Kraftwerke auf den Massengräbern der Opfer zu bauen.
»Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.« Der Vernichtungsbefehl des Oberbefehlshabers der deutschen Kolonialtruppen, Lothar von Trotha, wird für gewöhnlich als Beginn des Genozids an den Ovaherero und Nama zitiert. Dabei kündigte sich der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts schon lange zuvor an. Die über 60.000 Menschen, die zwischen 1904 und 1908 systematisch von den Deutschen getötet wurden, waren keine sporadische Reaktion auf den vorangegangenen Aufstand der Ovaherero, sondern eine kalkulierte Strategie, die zuvor schon das Volk der Nama traf. Hinterbliebene dieser Ethnie, die 50 Prozent ihrer Bevölkerung verlor, fordern, dass das Massaker von Hornkranz als erster Akt des Genozids und der 12. April als offizieller Gedenktag anerkannt werden.
Quelle: Jacobin

14. **Eine riskante Wette**
Spaniens Wohnungskrise bringt die Regierung zu Fall. Nun will Pedro Sánchez ausgerechnet damit die linke Wählerschaft mobilisieren.
Maricarmen Abascal ist tot. Mit 87 Jahren starb sie nicht Zuhause, wie es ihr Wunsch war, sondern in dem Madrider Krankenhaus, in das sie nach der Zwangsräumung ihrer Wohnung gebracht wurde. Einer Wohnung, in der sie 70 Jahre ihres Lebens gelebt hatte und deren Miete sie nach extremen Erhöhungen nicht mehr zu bezahlen in der Lage war. Nach der Zwangsräumung entstand spontan eine große Protestaktion mit einem Zeltlager auf dem zentralen Madrider Platz Puerta del Sol, andere Städte zogen nach. Das Bild der zerbrechlichen Frau, wie sie am 23. September auf einer Krankenbahre aus ihrer Wohnung getragen wurde, wurde zum Symbol für einen entmenschlichten Wohnungsmarkt, in der Wohnen nur noch ein Geschäft und nicht ein soziales Recht ist. Ihr Schicksal hat jedoch nicht nur eine Protestbewegung ausgelöst, sondern auch die politische Lage in Spanien grundlegend verändert. Aus der Wohnungskrise könnte für Pedro Sánchez nun eine unerwartete politische Chance werden.
Quelle: IPG Journal

15. **Neue Akte zu Josef Mengele: Was wusste die Schweiz?**
Ein freigegebenes Geheimdienst-Dossier zeigt, was Schweizer Behörden über den untergetauchten NS-Verbrecher Josef Mengele wussten. Historiker erhofften sich außerdem Informationen über eine Rückkehr in seine

Heimatstadt Günzburg.
Josef Mengele gehörte zu den meistgesuchten NS-Verbrechern. Im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz entschied der Lagerarzt über Leben und Tod. Außerdem führte er grausame medizinische Experimente an Häftlingen durch. Nach dem Zweiten Weltkrieg floh Mengele nach Südamerika. Er wurde nie gefasst und starb 1979 in Brasilien.
Nun hat der Schweizer Nachrichtendienst nach juristischem Druck von Historikern ein bislang gesperrtes Dossier über Mengele zugänglich gemacht.
Quelle: BR24

16. **Veranstaltungshinweise der Woche**
    a. **„Peace in Concert“ – Wenn Musik Grenzen überwindet**
    Festspielhaus Badenweiler
    Donnerstag, 29.10.2026, 19:00 Uhr
    Eintritt frei, Spenden willkommen
    60 junge Menschen aus Deutschland und Russland, eine professionelle Band und eine gemeinsame Botschaft: Frieden ist möglich, wenn Menschen einander begegnen. Die Sängerinnen und Sänger präsentieren deutsche, russische und englischsprachige Songs mit farbenprächtigen Kostümen und mitreißenden Tanzchoreografien. Zuvor haben die Jugendlichen eine Woche lang gemeinsam in Badenweiler gelebt und geprobt. Trotz der politischen Spannungen setzen sie damit ein sichtbares Zeichen für Verständigung, Freundschaft und ein friedliches Miteinander in Europa.
    Quelle: Musik für den Frieden

Anmerkung der Redaktion: *Wenn Sie auf eine interessante Veranstaltung hinweisen wollen, dann schicken Sie uns bitte die nötigen Informationen mit dem Betreff „Veranstaltungshinweise“ an hinweise@nachdenkseiten.de. Die Veranstaltungshinweise erscheinen wöchentlich am Freitag im Rahmen der Hinweise des Tages II.*